

Österreichische Zeitung

Nr. 167 (324)

ZEITUNG DER ROTEN ARMEE FÜR DIE BEVÖLKERUNG ÖSTERREICH

Sonntag, 21. Juli 1946

Fortschrittliche Welt gegen Franco

Brüssel, 20. Juli (TASS). Aus Anlaß des zehnten Jahrestages des Kampfes des spanischen Volkes gegen Franco fand in Brüssel eine große Demonstration und Kundgebung statt. Bei diesem Anlaß sprachen Vertreter der demokratischen Parteien und des Gewerkschaftsbundes der Werktätigen Belgiens. Unter donnerndem Applaus des überfüllten Saales wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß die Aufrechterhaltung des Franco-Regimes jenen Hauptzielen widerspricht, die sich die Vereinten Nationen während des Krieges stellten. Die Teilnehmer der Kundgebung forderten von der englischen Regierung und ihren Vertretern, in der UNO eine feste und klare Stellungnahme, indem sie auf einen Bruch mit dem Franco-Regime bestehen sollen.

Oslo, 20. Juli (TASS). Alle Zeitungen der Hauptstadt veröffentlichten einen Aufruf, der von einer Reihe von Kulturoorganisationen und Vertretern der Intelligenz unterzeichnet ist. In dem Appell, der unter der Überschrift „Heilt dem spanischen Volk!“ erscheint, heißt es:

„Heute, zehn Jahre nach Ausbruch des Bürgerkrieges in Spanien, ist der Faschismus in seinen wichtigsten Zentren vernichtet. Doch ist der Weltfaschismus noch nicht endgültig verschlagen und der Friede ist nicht völlig gesichert. Im Namen des Friedens und der Freiheit dürfen wir uns, die wir selbst das faschistische Joch miterlebten, so lange nicht aufzufordern, solange das letzte faschistische Regime nicht liquidiert ist.“

„Das ganze norwegische Volk“, heißt es weiter in der Verlautbarung, „besteht darauf, daß die demokratischen Länder alle Beziehungen mit Franco abbrennen und dadurch zur Liquidierung des spanischen Faschismus beitragen.“

Belgrad, 20. Juli (TASS). Wie Radio Belgrad berichtet, fand hier eine von den Gewerkschaften Jugoslawiens organisierte antifaschistische Kundgebung statt.

Die bei diesem Anlaß auftretenden Redner verlangten von den demokratischen Staaten den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Franco-Spanien, sowie die Einstellung der Unterstützung, die die reaktionären Kreise an das blutige, diktatorische Franco-Regime leisten.

Die Zeitung „Borba“ veröffentlicht einen Artikel unter dem Titel „Die Vernichtung des Faschismus in Spanien ist Sache aller demokratischen und friedliebenden Völker“. „Das spanische Volk“, heißt es darin, „hat gegen den gleichen Feind gekämpft, gegen den auch wir kämpften.“

New York, 20. Juli (TASS). Am zehnten Jahrestag der Franco-Revolte gegen die republikanische Regierung Spaniens besuchte eine Delegation von Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen und anderer vom „Komitee für die sofortige Befreiung Spaniens“ gegründeter Organisationen der USA den spanischen Generalkonsul in New York und legte scharfen Protest gegen die Ermordung und Verhaftung spanischer Republikaner ein.

Gleichzeitig veröffentlichte das „Komitee für die sofortige Befreiung Spaniens“ eine Erklärung von sechs namhaften amerikanischen Persönlichkeiten, die die Haltung der USA-Regierung gegenüber Spanien verurteilen und den sofortigen Abbruch der Beziehungen zur Franco-Regierung fordern.

London, 20. Juli (ACA). Ein mit den Unterschriften von 106 Mitgliedern des britischen Parlaments versehenes Protestschreiben gegen das Franco-Regime in Spanien wurde heute abend veröffentlicht.

Nach der Feststellung, daß sich am 18. Juli zum zehntenmal der Tag des Ausbruchs des Aufstandes Francos gegen die gesetzliche demokratische Regierung in Spanien jährt, heißt es: „Wir betrachten die gegenwärtige Regierung in Spanien als eine ungesetzliche Usurpation.“ Der Protest bringt die Verachtung gegen das faschistische Regime zum Ausdruck und das Vertrauen in die gesunden demokratischen Prinzipien, nach denen die Regierung Girals gebildet wurde, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß auch Spanien in kurzen unter den von der faschistischen Tyrannie befreiten Ländern zu finden sein wird. Der Protest schließt: „Wir fordern unsere eigene Regierung auf, im Wege der

UNO Maßnahmen zur Unterstützung des spanischen Volkes in seinem Bestreben um die Wiedergewinnung der Freiheit zu ergriffen.“

Mexiko, 20. Juli (UP). Der Generalsekretär der Mexikanischen Gewerkschaftsunion Fidel Velazquez und der Präsident der Lateinamerikanischen Arbeitgeberföderation Vicente Toledo vertraten auf einer Arbeiterkonferenz den Plan, einen Schiffsboykott gegen Franco-Spanien ins Leben zu rufen. Die mexikanischen Arbeiter

seien entschlossen, Frachtgüter aus und nach Spanien nicht zu befördern und nicht umzuladen. In Chile würden bereits die dort wartenden spanischen Schiffe boykottiert, und in Kuba sei eine ähnliche Maßnahme in allerhöchster Zukunft zu erwarten.

Teheran, 20. Juli (UP). Die Gewerkschaften und die linksstehende Tudehpartei veranstaltete auf den großen Plätzen der iranischen Hauptstadt Anti-Franco-Demonstrationen, an denen etwa 40.000 Menschen teilnahmen.

„In der Schlinge der Nichteinmischung“

Die „Prawda“ veröffentlicht einen Artikel Isakows unter dem Titel „In der Schlinge der Nichteinmischung“. Der Verfasser behandelt die zehnjährige Geschichte der Beziehungen der Westmächte zum Franco-Regime.

Heute, nach zehn Jahren, entfaltet sich auf Grund des Aufrufs des Weltgewerkschaftsbundes und anderer demokratischer Organisationen in allen Ländern eine breite Kampagne gegen das faschistische Regime in Spanien. Massendemonstrationen, Versammlungen und andere Kundgebungen gehen vor sich. Die demokratischen Organisationen bestehen darauf, daß die Regierungen ihre Beziehungen zu Franco-Spanien abbrechen und entscheidende Maßnahmen zur Beseitigung des spanischen faschistischen Herdes ergreifen.

Der Krieg in Spanien war für die deutsch-italienischen Aggressoren die Generalprobe und der Prolog zum Weltkrieg. Gleichzeitig ist es allen und jedem klar, daß die Westmächte mit ihrer Nichteinmischungspolitik eine schwere Mitverantwortung für die Leiden und Qualen des spanischen Volkes tragen. Diese profaschistische Politik, die letzten Endes zum Münchner Abkommen führte, war und bleibt eine der schmähschärfsten Seiten der westlichen Diplomatie.

Die Früchte der Nichteinmischungspolitik zeigten sich während des zweiten Weltkrieges. Selbst die vom Sicherheitsrat bestimmte Kommission zur Untersuchung der spanischen Lage war in ihrem unzulänglichen Bericht gezwungen, festzustellen, daß Franco an Seite der Achse aktiv am Krieg teilgenommen hat. Den Westmächten wäre die Politik der Nichteinmischung teuer zu stehen gekommen, und insbesondere die Engländer hätten für sie bestimmt mit Gibraltar bezahlt, wenn der entscheidende Sieg der Roten Armee an der sowjetisch-deutschen Front die Pläne der Angreifer nicht über den Hauen geworfen hätte.

Franco-Spanien wurde gleichzeitig mit den anderen Säatiten Hitlers besiegt, und doch vergilbt das Franco-Regime weiterhin die Atmosphäre mit einem Nachkriegskampf. Franco blieb an der Macht. Der Beschuß der Krimkonferenz, die letzten faschistischen Herde zu beseitigen, wurde verletzt.

Von neuem taucht aus dem Dunkel der Vorkriegsjahre das häßliche Gespenst der Nichteinmischung auf, setzt sich auf den Stuhl des Sicherheitsrates und nickt zustimmend mit dem Kopf...

Einen wirksamen Schlag könnte Washington Franco-Spanien versetzen. Die Wasserpumpen der Provinzen Levanta und Andalusien arbeiten mit Benzin. Die Einstellung der amerikanischen Benzinimporte würde fast augenblicklich die Landwirtschaft im größten Teil Spaniens lähmen. Die amerikanische Regierung brauchte nur mit der Einstellung der Benzintransporte zu drohen oder sie faktisch für zwei Monate zu stoppen, um Madrid zu bedeutenden politischen Zugeständnissen in Streitfragen zu zwingen.

Die Menschheit hat am spanischen Volk eine Schuld abzutragen, an dem Volk, das als erstes den faschistischen Aggressoren heroischen Widerstand geleistet hat. Der internationale Feldzug gegen das Franco-Regime, der auf Anregung des Weltgewerkschaftsbundes begonnen hat, ist ein Zeugnis für die Entschlossenheit der fortschrittlichen Menschheit, dem spanischen Volk zu helfen und es aus der Schlinge der Nichteinmischung und der Macht Francos zu befreien.

25prozentige Lohnerhöhung in Frankreich

Paris, 20. Juli (INS). Die französische Regierung bewilligte heute die bereits seit längerer Zeit von dem Gewerkschaftsverband der französischen Arbeiter erhobene Forderung nach einer 25prozentigen Lohnerhöhung.

Prozeß gegen 33 Industrielle in Frankreich

Paris, 20. Juli (TASS). Wie France Press meldet, hat der Prozeß gegen 33 Industrielle begonnen, die während der Beseitigung Frankreichs Geschäfte im Betrage von 176 Millionen Franc mit den Deutschen abgeschlossen hatten.

Zum Problem der „versetzten Personen“ in Österreich

(TASS) Das Vorhandensein einer bedeutenden Anzahl Ausländer, sogenannter „versetzter Personen“, auf österreichischem Territorium lenkt in der letzten Zeit die Aufmerksamkeit der demokratischen Kreise Österreichs und anderer Länder auf dieselben.

In ihrer überwiegenden Mehrheit bestehen diese Ausländer aus Leuten, die mit der Waffe in der Hand gegen die Vereinten Nationen gekämpft oder mit den Nazis aktiv zusammengearbeitet haben und aus den demokratischen Ländern Mitteleuropas geflüchtet sind.

Wie aus der Erklärung der Sowjetdelegation auf der Pariser Außenministerkonferenz bekannt ist, erreicht die Gesamtzahl dieser Ableger des Hitlerregimes allein in den westlichen Besatzungszone Österreichs 437.000. Laut Angaben des Alliierten Kommandos der österreichischen Polizei und laut Mitteilungen der österreichischen Presse befinden sich allein in der amerikanischen Besatzungszone (ohne Wien) mehr als 233.000 dieser Leute, während sich 128.000 in der englischen (auch ohne Wien) und 77.000 Personen in der französischen Zone aufhalten.

Es ist ferner bekannt, daß alle diese „versetzten Personen“, unter denen sich nicht wenige ausgesprochene Kriegsverbrecher befinden, besser als die österreichische Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgt sind und in ihrer Mehrheit zu keinerlei Arbeiten verwendet werden.

Die demokratische österreichische Presse hat in der letzten Zeit mehrmals die Notwendigkeit der Entfernung der „versetzten Personen“ aus Österreich betont und darauf hingewiesen, daß diese dem Zustandekommen normaler Verhältnisse in Österreich hinderlich sind, eine gegen Österreichs Nachbarn feindliche Tätigkeit entfalten und eine ernste Bedrohung für den Frieden in Europa darstellen. Jedoch haben weder das Auftreten der demokratischen Presse noch die von der österreichischen Regierung analog gestellten Forderungen irgendwelche Ergebnisse gezeigt, und die Frage der „versetzten Personen“ blieb bis jetzt ungelöst.

Der TASS-Korrespondent erfuhr von zuständigen Stellen, daß die offizielle Forderung der österreichischen Regierung auf Entfernung der „versetzten Personen“ aus Österreich bereits am 14. Mai 1946 dem Alliierten Rat in Österreich überwiesen wurde. Durch die unversöhnliche Haltung eines der Alliierten in dieser Frage wurde bis heute keine Antwort auf diese Forderung gegeben. Derselbe Alliierte weigerte sich unter anderem, die in seiner Zone im Vergleich zur österreichischen Bevölkerung höheren Lebensmittelrationen der „versetzten Personen“ herabzusetzen.

Es ist zu hoffen, daß die für die Zukunft des demokratischen Österreich wichtigste Frage endlich gelöst wird.

Aus dem Inhalt:

Pressevertreter beim Ministerpräsidenten Gottwald
Das Austerlitz der „Arbeiterzeitung“
In Amerika (Von Ilya Ehrenburg)
Das alte Genie
Österreichische Kriegsgefangene schreiben aus der Sowjetunion
Lebensmittelaufrufe für Wien

Ankunft von Armeniern aus dem Ausland

Batum, 20. Juli (TASS). In Batum ist das Schiff „Rossija“ mit ausländischen Armeniern eingetroffen. Außer diesem Transport sind noch 2243 Umsiedler aus dem Libanon in Sowjetarmenien angekommen.

Die Armenier wurden herzlichst empfangen. Unbeschreiblich groß war ihre Freude, als sie Sowjetboden betrat. In Beirut wurden die Umsiedler von tausend Armeniern begleitet, die ebenfalls auf ihre Abreise in die Sowjetunion warten.

In der Hauptstadt Armeniens — Erevan — ist die zweite Gruppe ausländischer Armenier angekommen, die aus Libanon und Syrien nach ihrer Heimat zurückkehren. Tausend Werk-tätige Erevans begrüßten herzlich ihre Landsleute. Gleichzeitig trafen in Leninakan und Kirowakan zwei andere Züge mit Armeniern aus dem Ausland ein. Sie sind in die bereits vorher für sie bestimmten Häuser eingezogen.